

Interpellation

der Fraktionen der Bayernpartei,
des Zentrums und der WAV

betr. Die neuen Jagdverordnungen des US-Hochkommissars.

Der US-Hochkommissar John J. McCloy hat im August dieses Jahres eine Gesetzgebung der US-Besatzungsmacht gebilligt, durch welche den deutschen Jägern in beschränktem Umfange endlich auch in der amerikanischen Zone die seit fast einem Jahr angekündigte Jagderlaubnis erteilt wird. Es handelt sich um die am 26. August 1950 veröffentlichten Jagdverordnungen Nr. 5 und 6 der US-Hochkommission vom 11. August 1950 und die Durchführungsverordnungen Nr. 1 und 2. Die britische Militärregierung hat durch die Verordnung Nr. 190 und die Durchführungsverordnung Nr. 1 über die Überwachung der Jagd vom 28. August 1949 eine ähnliche Regelung getroffen.

Die für die Jagdausübung durch deutsche Jäger und durch Besatzungsangehörige getroffene Regelung steht im Gegensatz zu internationalem (Haager Landkriegsordnung) und zu deutschem (Grundgesetz und Länderverfassungen) Recht. Sie ist umso unverständlicher, als sie am Vorabend der seit langem in Aussicht gestellten Revision des Besatzungsstatuts erfolgte.

Wir fragen die Bundesregierung, was sie zu unternehmen gedenkt, um eine Regelung zu erwirken, welche

1. die deutschen Eigentums- und Pachtrechte anerkennt und achtet,
2. die entschädigungslose Entnahme von Wildbret zu Lasten der Privateigentümer und der Gemeinde aufhebt,
3. bestehende, überhöhte Abschußquoten der Besatzungsangehörigen herabsetzt,
4. die Ausübung der Jagd auf Niederwild durch Besatzungsangehörige neu ordnet,

5. die Aufsicht der Jagdbehörden der Besatzungsmächte über die deutschen Jäger beseitigt,
6. die Zuständigkeit der deutschen Strafgesetzgebung und Gerichtsbarkeit für die Jagdausübung durch deutsche Jäger wieder herstellt.

Bonn, den 22. September 1950

Dr. Etzel (Bamberg) Volkholz

Dr. Seelos und Fraktion

Frau Wessel und Fraktion

Tichi und Fraktion